Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]hsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches F[illegible] Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kompreßzeile oder deren Raum 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den zweispaltigen Text einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur vorherige von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 15 600

Verantwortlich für Lokal[illegible] mit Ausnahme der Auslandsseite, Preising[illegible] und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für [illegible], Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; zur Zeit[illegible]: Fritz Rösner, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

8. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 12. Januar 1932 — Nr. [illegible] 9

am 12. Januar
im
Ausstellungspalast
Uhr
Kundgebung

Die KPD führt die rote Einheitsfront!

Arbeiterkandidat gegen Hindenburg-Block

Hitler-Hugenberg für Wahl Hindenburgs durch Stimmzettel . SPD bedingungslos für „Volksgemeinschaft" mit Brüning-Hitler . KPD mobilisiert die Massen durch Aufstellung eines Arbeiterkandidaten gegen die faschistische Kapitalsdiktatur!

Berlin, 12. Jan. (Eig. Ber.)

Die gestrigen Vorbesprechungen zwischen den Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelmführern, führten zu dem Ergebnis, daß sich die nationale Front mit den SPD-Führern völlig darin einig ist, für die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs einzutreten.

Um aber den diktatorisch-faschistischen Charakter der Kandidatur Hindenburgs noch schärfer zu unterstreichen und um den kleinbürgerlichen Massen, ihren Anhängern, eine gewisse Selbständigkeit ihrer Politik vorzutäuschen, beschließen Hitler-Hugenberg, die von Brüning ihnen vorgeschlagene Neuwahl Hindenburgs durch den Reichstag abzulehnen. Dadurch ist die Präsidentenschaftswahl durch den Stimmzettel auf die Tagesordnung gesetzt.

In der deutschnationalen Begründung wird der Beschluß der sogenannten nationalen Opposition damit begründet, daß in der Präsidentenwahl durch den Reichstag zugleich eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu sehen gewesen wäre. Eine parlamentarische Lösung würde nicht eine Machtsteigerung der Stellung des Reichspräsidenten bedeuten, sondern im Gegenteil eine Verwahrung der Machtbefugnisse des Reichstages herbeiführen. Aber diese „Ablehnung" enthält natürlich kein Wort gegen Hindenburg! Im Gegenteil. Die Deutschnationalen sind für ihn, sind nur gegen seine Bestätigung durch das Parlament, dessen Schein-Dasein ihnen noch zu viel ist. Sie stimmen in der Sache mit Brüning überein, nur in der Form nicht. Sie selbst sind Notverordnungspolitiker vom reinsten Wasser . . . Sie dürfen und wollen es nur angesichts des großen Teils ihrer von den Notverordnungen selbst betroffenen Anhänger nicht offen sagen.

SPD Hauptstütze der Hindenburgfront

Aber, indem sie für Hindenburg eintreten, beweisen sie ihre Verbundenheit mit der gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik der großkapitalistischen Klasse, deren Teil sie sind. Die Arbeiterschaft Deutschlands und der Welt wird Zeuge des Schauspiels sein, wie die Sozialdemokraten Weis und Breitscheid zusammen mit Hitler und Goebbels, den Marschall Hindenburg dem Volke zur Wahl präsentieren werden! Jetzt wird jeder erkennen, daß **die SPD-Führer, die vor sieben Jahren die Kommunisten als „Steighügelhalter" Hindenburgs verleumdeten, diesen Hindenburg jetzt gemeinsam mit Hitler auf ihre Schultern heben und ja in konsequenter Weiterführung ihrer sozialfaschistischen Politik den Marsch nach rechts fortsetzen.**

Hindenburgfront ist Notverordnungsfront

Ist der Block für Lohn- und Gehaltsabbau, Verschlechterung der Krankenversicherung, für Kopfsteuer, Rentenkürzung und Streikbruch. Gegen diese Front errichtet die Kommunistische Partei die rote Einheitsfront, die bei der Wahl des Präsidenten ein gewichtiges Wort mitsprechen wird. Wie bei jedem Streik und jeder außerparlamentarischen Massenaktion, wird die Kommunistische Partei auch bei der Präsidentschaftswahl die Linie ihrer selbständigen proletarischen Klassenpolitik einhalten.

Die Kommunistische Partei wird bei der kommenden Präsidentenwahl als einzige Partei einen proletarischen Kandidaten gegen die Hindenburgfront aufstellen.

Und das wird der Kandidat aller derjenigen sein, die gegen den Lohn- und Gehaltsabbau, gegen die politische Entrechtung der Arbeiterschaft und des ganzen werktätigen Volkes Sturm laufen! Bei der kommenden Reichspräsidentenwahl marschiert die Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei für das **sozialistische Deutschland.**

Neue Streikbewegungen in Sachsen

Landarbeiter- und Lehrlingsstreik . Ungeheure Empörung gegen Lohnabbau in allen Betrieben . Passive Resistenz und Streikrüstungen

Bereits in den letzten Tagen veröffentlichten wir eine Reihe von Meldungen, aus denen hervorging, daß in den Großbetrieben in Dresden, Leipzig, Chemnitz und den anderen Industrierevieren eine ungeheure Empörung der Arbeiter gegen Lohnabbau und alle Belastungen, die durch die Notverordnung diktiert werden, herrscht.

In einer Reihe von Betrieben werden Streiks und kurzfristige Protestaktionen durchgeführt, durch die zum Beispiel in der Blechwarenfabrik Lauterberg, in dem Textilbetrieb Scharfschmidt Limbach, und dem Metallbetrieb Jahn in Leipzig der gesamte Lohnabbau abgewehrt wurde

In anderen Betrieben, so auf verschiedenen Leipziger Bahnhöfen, bei der Straßenbahn in Dresden und Leipzig, gingen die Arbeiter zur passiven Resistenz über. In Verbindung damit kam es zu Protestdemonstrationen in einzelnen Betrieben. Unter anderem bei der Bahnmeisterei Dresden-Friedrichstadt, wo die Eisenbahner geschlossen zum Dienststellenvorstand zogen und gegen den Lohnabbau protestierten.

Heute liegen wiederum neue Streikmeldungen vor:

Streik auf Rittergut Schönau

Seit Sonnabendvormittag streiken auf dem Rittergut Schönau bei Leipzig die Kutscher. Der Streik richtet sich gegen den durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau. Der ohnehin schon geringe Lohn soll danach von bisher 29,5 auf 26 Pf. herabgesetzt werden.

Drei Mann, darunter der dem DLV und der SPD angehörige Dreschmaschinenführer leisten Streikbrucharbeit.

Lehrlingsstreik in Plauen

Plauen, 10. Januar. (Eig. Bericht.)

Am Freitagvormittag sind die Lehrlinge des Betriebes Sachs, Plauen, gegen einen 50prozentigen Lohnraub in den Streik getreten, nachdem die Lehrlinge bereits am Donnerstag als Protest gegen den geplanten Lohnraub zwei Stunden vor Arbeitsschluß den Betrieb verließen. Der Kampf steht unter der Führung des Kommunistischen Jugendverbandes und der RGO.

Die Firma Sachs beschäftigt in ihrem Betrieb nur Lehrlinge unter der Leitung eines Meisters und zahlte ursprünglich für Einjährige 2 Mark, für Zweijährige 4 Mark, für Dreijährige 6 Mark, für Vierjährige 8 Mark wöchentlich. **Diese Löhne sollen jetzt um 50 Prozent gekürzt werden,** was eine berechtigte Empörung unter den Lehrlingen hervorrief und sie zum Streik veranlaßte.

Kampfausschuß gewählt

Am Mittwoch, dem 6. Januar, tagte in Böhlen eine Belegschaftsversammlung der Arbeiterschaft des Böhlener Kraftwerkes. Die Versammlung war überfüllt.

Nach einem Referat des Bergarbeiters Schlag wurde ein Kampfausschuß gewählt, dem auch parteilose und freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter angehören.

Kraftwerk Hirschfelde rüstet zum Kampf!

RGO-Entschließung für Bildung eines betrieblichen Kampfausschusses angenommen

Am Freitag dem 8. Januar, fand eine Belegschaftsversammlung des Kraftwerkes Hirschfelde statt, die in der Hauptsache von Arbeitern der Frühschicht und Tageskolonnen besucht war. Das Referat hielt der rote Betriebsrat Genosse Mezig. Er sprach vor allem über den Notverordnungs-Lohnraub, die Betriebsrätewahlen und die Forderungen auf Herabsetzung der Wohnungsmieten.

In der Diskussion traten sämtliche reformistischen Betriebsräte auf und versuchten die Notverordnungspolitik, die ihre Partei tolerierte, zu verteidigen. Einer erklärte dazu, daß die Gewerkschaftsführer eben den Glauben an die Kraft der Arbeiter verloren haben. Gegenüber den reformistischen Betriebsräten zeigten zwei Arbeiter in scharfen Worten die **Rolle der Gewerkschaftsbürokratie als die Stützen der Unternehmer auf.**

Im Schlußwort kennzeichnete Genosse Mezig die Politik des „kleineren Uebels" der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie. Als Ausweg schlug er den Arbeitern eine Reihe von Kampfmaßnahmen vor. Nachstehende Resolution wurde dann einstimmig gegen die Stimmenthaltung eines reformistischen Betriebsrates angenommen.

„Die in der am 8. Januar 1932 in der Belegschaftsversammlung in Seifferts Gasthof Hirschfelde anwesenden Belegschaftsmitglieder der NSB, protestieren auf das schärfste gegen die neue Notverordnung, die unter anderen Verschlechterungen einen Lohnraub von 15 Prozent bringt und die Durchführung der Betriebsratewahl für 1932 verbietet.

Die Arbeiter erkennen die Notwendigkeit unbedingt Abwehrmaßnahmen zu treffen und darauf hinzuarbeiten einen Kampfausschuß zu bilden, dem Arbeiter aller Gewerkschaftsrichtungen angehören sollen. Die roten Betriebsräte verpflichten sich, in dieser Richtung auch auf die Kollegen in Böhlen einzuwirken, um ein gemeinsames Vorgehen beider Belegschaften zu erreichen."

*

In unzähligen Belegschaftsversammlungen wurde und wird tagtäglich, gegen den durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau in der schärfsten Weise Stellung genommen und Beschlüsse zur Schaffung der roten Einheitsfront und von Kampfausschüssen in den Betrieben gefaßt.

Die Erkenntnis, daß die **SPD- und die Gewerkschaftsbürokratie mit die Hauptschuld an den ungeheuren Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiterschaft trägt,** bricht sich auch in den Reihen der sozialdemokratischen und besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die bisher der revolutionären Klassenfront noch fernstanden, ebenfalls Bahn. Ueberall treten proletarische SPD-Mitglieder und falsche Arbeiter, die der SPD bisher noch folgten, auf und wenden sich **gegen die Politik des kleineren Uebels,** durch die der faschistische Notverordnungskurs **ermöglicht und unterstützt wird.**

Als größtes Hindernis zeigt sich aber immer noch der sozialfaschistische Einfluß der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie. Den RGO- und KPD-Mitgliedern erwächst hier die Aufgabe, durch kameradschaftliche Diskussion den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu helfen, **sich davon freizumachen und die rote Einheitsfront in allen Betrieben unter Führung der KPD und RGO herzustellen.**

Heute 19 Uhr alles zur LLL-Kundgebung

im Dresdner Ausstellungspalast Lennéstraße . Redner Fritz Selbmann

Vorher Werbeumzug des VB 2 . Stellen 17.45 Uhr Holbeinplatz